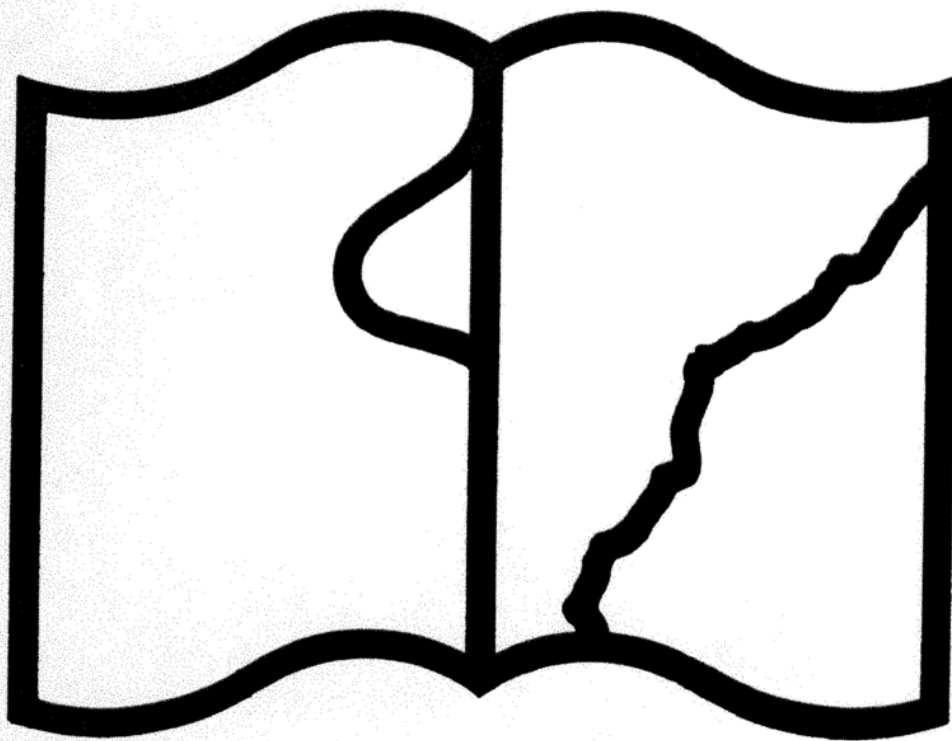




**MIK-CENTER GmbH**

Dokumenten-Management digital + optisch



**DIN 1681**

**ISO 0078**

**Beschädigter Text**

oder die Statutverfasser riesig leicht gemacht: sie schrieben die bezüglichen Bestimmungen aus dem Statut des N. B. D. W. ab! Und zwar wörtlich. Ein Zeichen von Geistesmangel. Nun könnte man versucht sein zu glauben, an dem Nachwerke sei wenigstens dieses eine, der Abklatsch aus dem Gehilfenstatut, gut. Darauf muß indes erwidert werden, daß wenn zwei daselbe thun es nicht mehr daselbe ist. Für den arbeitslosen Gehilfen hat es keine Gefahr, wenn er seinen Kollegen, den erprobten Verwaltern der Gehilfenkasse eine weitgehende Kontrolle seiner Bewegungen gestattet; anders wenn diese Kontrolle seine wirtschaftlichen Gegner, die Unternehmer ausüben. Eine himmelweit verschiedene Bedeutung von der des Gehilfenkassenverwalters haben für den Arbeitgeber Paragraphen wie der, daß der Arbeitslose bei Verlust der Unterstützung verpflichtet ist, eine „tarifmäßig bezahlte Arbeit“ anzunehmen u. dgl. m., denn speziell über die „Tarifmäßigkeit“ weichen da die Ansichten grenzenlos von einander ab. Doch ein Rindskopf, wer Feigen von den Dornen pflücken will — solche partielle Handhabung stand bei einer Prinzipalkasse von vornherein fest und darüber regen wir uns wahrlich nicht weiter auf.

Um so mehr muß sich hingegen jeder gerechtigkeitsliebende Mann über die miserable Grundlage und Organisation der Kasse empören:

Der Mangel jedes Mitbestimmungsrechtes der Gehilfen bei der Einrichtung und Verwaltung der Kasse, sodaß für sie nur die Beitragspflicht übrig bleibt,

Die Abhängigkeit der Unterstützung vom Entscheide des Arbeitgebers und den Prinzipalorganen,

Die Einführung eines Luitungs-, will sagen Arbeitsbuches,

Die Fragwürdigkeit der Unterstützungssätze und Beitragshöhe sowie des Erhaltes der Unterstützung überhaupt, das sind die vier Ungeheuerlichkeiten, welche das saubere Unternehmen der Leute des Deutschen Buchdruckervereins für jeden einsichtigen Mann von Grund aus verwerflich machen.

Es mag sein, daß eine Anzahl unserer Kollegen mittels der Hungerpeitsche vermocht wird, dem Meisterwerke des Unternehmerhochmutes seine fauer verdienten Groschen zu opfern, damit die Kaffeegründer eine Frankfurterfelle gut dotieren und mit ihren „Unterstützungen“ die Korruption und Speichellekerei unter den Gehilfen kultivieren können. Niemand sonst außer diesen Geprüften wird teilnehmen an der verderbten Gründung. Dagegen fordern wir alle unabhängigen Kollegen recht dringend auf, den noch im Schlafe liegenden Gehilfen die Augen zu öffnen über die „große Wohlthat“ der offiziellen Prinzipalität des Deutschen Buchdruckervereins, der stupideste Sohn der Pusta wird begreifen, was von dort her Gutes kommen kann. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Das also ist das seit Jahr und Tag in vollen Stößen hinausposaunte Liebeswerk für unsere Arbeitslosen, das die Entschädigung für die verweigerte Verkürzung der Arbeitszeit: ein ecker Wechselbalg von Unterstützungskasse, ein düstender gewerblicher Reptilienfonds! Haltet die Nasen und die

Laschen zu!

## Vom Kampfe der Spinner in Lancashire.

Wie uns aus London geschrieben wird, hat sich in dem Stande der Aussperrung der Baumwollarbeiter in Lancashire, welche nunmehr schon acht Wochen dauert, nichts geändert, keiner der beiden Teile denkt ans Nachgeben. Es sind etwa 50000 Arbeiter ausgesperrt, von denen etwa 20000 keiner Organisation angehören, also nicht unterstützt werden und daher begreiflicherweise in schlechterer Lage sind. Die anderen 30000 werden von den Organisationen unterstützt und sind entschlossen, den Streit auszufechten. Jeder Ar-

beitende zahlt einen Extrabeitrag von 3 Mark wöchentlich. Um nun den Aussperrten die Unterstützung zu entziehen, hat das Zentralkomitee der Baumwollspinnereibesitzer von Nord- und Nordost-Lancashire am 20. Dezember in Manchester beschloffen, daß alle Spinnereien, welche sich an der Aussperrung nicht beteiligt haben, also arbeiten lassen, veranlaßt werden sollten, nur mehr drei Tage in der Woche arbeiten zu lassen. Die Herren hatten schon vorher herangezogen und insolge günstig ercheinender Berichte sagten sie erst ihren Beschluß, dessen Ausführung den Lohn der arbeitenden Spinner halbieren und ihnen die Unterstützung der Aussperrten unmöglich machen soll. Wie der Sekretär des Fabrikantenbundes berechnet, haben die 99 vereinigten Spinnereigesellschaften für 1892 einen Verlust von 1897 200 Mark zu verzeichnen, jede Gesellschaft durchschnittlich über 19000 Mark, während das Jahr 1891 für 97 Gesellschaften einen reinen Profit von 622260 Mark aufwies oder einen Durchschnittsgewinn von 6400 Mark. (So sind die Zahlen veröffentlicht, die Durchschnittszahlen stimmen nicht ganz genau.) Einen äußerst interessanten Bericht über die Veranlassung der Aussperrung wie über die gesamten einschlagenden Verhältnisse gibt Herr J. Mawdsley, der Vertreter der Textilarbeiter im Parlamentarischen Komitee des Gewerkschaftskongresses, in der Justice, dem Organe der Londoner Sozialdemokraten. Er sagt da im Eingang: „Es mag manchem sonderbar klingen, von einer „Aussperrung“ zu hören, aber es ist eine solche. Es macht den Arbeitern nichts aus, wie eine Arbeitsunterbrechung genannt wird, aber es ist gut, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen, besonders in einer Zeit wie der jetzigen, wo die öffentliche Meinung keinen geringen Einfluß auf den Ausgang industrieller Kämpfe ausübt. Da das Kapital bis in die neueste Zeit fast ausschließlich die Presse in Händen hatte, wurde jede Arbeitsunterbrechung infolge von Streitigkeiten zwischen Kapitalisten und Arbeitern von den eriteren „Streik“ genannt. Das Wort enthält einen gewissen Begriff von Schwächung in den Augen des Durchschnittslesers, der sich nicht damit befaßt, in Einzelheiten einzugehen. Wenn man aber die Angriffe der Kapitalisten lock out nennt, die der Arbeiter „strikes“, so weiß das Publikum auf den ersten Blick, wer den Kampf angefangen hat.“ Mawdsley führt dann aus, daß der Streit sich um 5 Proz. Lohnreduktion dreht, erkennt an, daß das Gewerbe sich in schlechter Lage befindet, rechnet genau die Marktpreise der Waren vor und fährt dann fort: „Soweit Gewinn und Verlust in Frage kommen, bedarf es keines Beweises, daß die Fabrikanten zu einer Reduktion berechtigt sind.“ Dies erklärt auch, warum die Arbeiter... Sowie... beantragt haben. Soweit meine Erfahrungen mit Schiedsgerichten gehen, basiert die Entscheidung auf der Gewinn- und Verlustrechnung. Da die Arbeiter den Stand des Gewerbes kannten, hätte eine Berufung auf den Schiedspruch die Annahme der Reduktion bedeutet und ein Versuch, einen Schiedspruch zu erlangen, der die Frage von einem andern Standpunkte betrachtet, würde fehlschlagen. Ich will versuchen, die Gründe für unsere Zurückweisung der Fabrikantenforderung darzulegen. Zuerst versicherten wir, daß der Grund für den niedrigen Verkaufspreis des Garnes in der Ueberfüllung des Weltmarktes liege. Viele meiner Leser werden die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen in der Meinung, daß solange Menschen aus Mangel an Kleidung unter der Kälte zu leiden haben, wir nicht zu viel Kleider haben können. Ich stimme vollständig mit ihnen überein, aber wir können in Lancashire nicht nach Prinzipien handeln, welche die Welt anzunehmen besser thäte, sondern wir müssen die Bevölkerung des Erdkreises nehmen wie sie ist. Diesen Standpunkt festgehalten, sieht es fest, daß unsere Kunden die Garne und Kleider nicht zu Preisen annehmen, bei welchen wir unsere jetzigen Löhne behalten könnten. Wir haben demnach den Fabrikanten geantwortet, daß ihnen zwei Wege offen stehen. Der erste ist der, daß sie die Produktion einschränken müssen, bis sie den Stand der Nachfrage erreicht, welcher die jetzigen Löhne zu zahlen erlaubt. Die Fabrikanten haben selbst zugestanden, daß dies der richtige Weg ist. Sie wissen so gut wie wir, daß, wenn durch die Konkurrenz der Preis heruntergedrückt ist, solange die Produktion den Konsum übersteigt, dieselbe Sache sich wiederholen würde. Sie würden uns mit einer neuen Reduktion kommen und sofort ad infinitum, bis unsere Arbeiter auf dem Standpunkte der Nagelamiede von Bradley Death oder der mit Hungerlöhnen bezahlten Schneider vom Londoner Ostende angekommen sind... Bisher habe ich die Frage von der den Arbeitern ungünstigsten Seite betrachtet. Aber, abseits der Frage nach dem Gleichgewichte von Produktion und Konsumtion, sind wir zu der Ansicht gekommen, daß, wenn ein Gewerbe nicht gewinnbringend ist, bei dem Beschneiden des Einkommens diejenigen Männer und Frauen die letzten sein sollten, welche die schwerste und unangenehmste Arbeit verrichten und dafür das wenigste Geld erhalten. In Liverpool gibt es einige tausend Leute — Wäfler, Bankiers, Kaufleute und andere — welche das ganze

Jahr hindurch üppig leben von der Baumwolle, ohne jemals welche anzugreifen oder mehr als höchstens einige Proben zu sehen. In Manchester, Oldham, Bolton und in geringerem Grad in unseren kleineren Industriezentren ist es daselbe. Diese Leute schwärmen liberal und scheinen das ganze Gewerbe in ihre Hände bekommen zu haben. Wenn Baumwolle in Liverpool ankommt, nimmt der Kaufmann seinen Profit. Dann kommt der tausende Wäfler und nimmt seine Kommissionsgebühren. Wenn ein Spinnerey-Baumwolle braucht, geht er zu dem verlaufenden Wäfler. Warum kann er nicht direkt kaufen? Wenn der Spinner seine Baumwolle geponnen hat, wendet er sich an einen Garnagenten, der sie an die Tuchfabrikanten verkauft. Möglicherweise geht sie erst durch die Hände von zwei oder drei Agenten, ehe sie an die Fabrikanten kommt. Dann, wenn sie zu Zeug verwebt ist, geht sie durch Vermittelung eines Wäflers an einen Kaufmann, der sie wieder an einen Schiffer verkauft. Alle diese Agenten, vom ersten Liverpooler Wäfler an, machen einen hübschen Profit an den durch sie vermittelten Geschäften. Sie sind vollständig überflüssig und doch stecken sie wenigstens 100 Millionen Mark jährlich in die Tasche. Aber diese Summe zu streichen oder auch nur zu kürzen ist noch niemals der geringste Versuch gemacht worden. Die Hälfte derselben würde 12½ Proz. auf die Löhne der Arbeiter betragen, und wir jagen, wenn die Ausgaben beschränkt werden müssen, so sollen es diese Paraphen sein, welche angegriffen und vernichtet werden, ehe die Fabrikanten zu uns kommen. Das ist das Programm, welches wir jahrelang vor Augen gehabt haben und in diesem Kampfe werden wir mehr als jemals daran festhalten. Wir mögen geschlagen werden — wir hoffen es nicht — aber nach unserer Niederlage werden wir einen neuen Vorstoß machen und wir werden im Laufe der Zeit gewinnen.“ Der Bericht schließt sodann mit den Worten: „Wir sind der Meinung, daß der Arbeitende den ersten Anspruch auf eine anständige Lebenshaltung hat und solange diejenigen, welche nicht arbeiten, einen einzigen Pfennig von dem ihm gehörigen erhalten, werden wir daran festhalten, daß, unbekümmert um die Lage des Marktes, Lohnreduktionen unberechtigt sind.“

## Korrespondenzen.

Berlin. Wir erhalten folgende Berichtigung: In Nr. 148 des Corr. findet sich im Berliner Versammlungsberichte folgende Stelle: „Anschließend an den Bericht wurde die Anfrage gestellt, ob es wahrheit beruhe, daß der Kollege Dominé aus Frankfurt a. M. auf der Konferenz die Mitteilung machte, daß auf Veranlassung des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei in der dortigen Parteidruckerei die bisherige neunstündige Arbeitszeit in eine zehnstündige umgewandelt worden sei mit der Motivierung, daß Schneider und Handschuhmacher ja auch zehn Stunden arbeiteten. Das betreffende Schreiben des Parteivorstandes solle vom Kollegen und Genossen Fischer unterzeichnet sein. Die Anfrage wurde dahin beantwortet, daß es sich leider so verhalte. Jedenfalls sei das ein Seitenstück zu den „hohen Löhnen“ (nach demselben Herrn) auf dem Parteitag. Ein Redner teilte dazu mit, daß Kollege Fischer vor fünfzehn Jahren in Chemnitz in der Parteizeitung gearbeitet habe; dort sollte die Arbeitszeit ebenfalls verlängert werden, weil ja die Weber 14 und noch mehr Stunden arbeiteten. Damals wäre nun Genosse Fischer mit der Verlängerung nicht einverstanden gewesen, hätte sich als gemäßigter betrachtet, aufgehört und Unterstützung bezogen. Das war damals und heute —?“ — Obwohl ich sonst gegen persönliche Anpassungen in der Presse sehr unempfindlich geworden bin, möchte ich doch durch diese Notiz mir nicht den guten Namen nehmen lassen, den ich bei den Kollegen, die mich persönlich kennen, zu genießen glaube. — Wenn Herr Dominé diese „Mitteilung“ gemacht hat, dann hat er nach allen Seiten hin die Unwahrheit gesagt. Einmal besteht in der Druckerei des Frankfurter Parteitag heute noch die neunstündige Arbeitszeit; dann habe ich weder einen solchen oder einen Brief geschrieben noch hat der Parteivorstand eine solche Maßregel veranlaßt. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Als vor einigen Wochen die Erneuerung finanzieller Unterstützung der Frankfurter Parteivollstimmenden Parteivorstand beschäftigte und die Reihe Vorkonferenzvorschlüsse zur Diskussion hatte, hat der Parteivorstand auf meinen Vorschlag, daß die Genossen ausdrücklich den Rat gegeben, um einen Rat konnte es sich handeln, Druckerei kein Parteitag, sondern ein Parteitag nehmen ist — von einer Reduktion in den Caspreis- bez. Arbeitsverhältnissen abzusehen. (Rebentel gesagt, war eine solche auch von den Frankfurter Genossen nicht beabsichtigt.) Damit fallen alle Schlußfolgerungen. Auch das „Seitenstück“ der „hohen Löhne“ — das der Corr. in einer früheren Nummer behandelt haben soll — ist eine aus der Luft gegriffene Behauptung. Ich habe am Parteitage von „hohen Löhnen“ über-

haupte nicht gesprochen — das eben erscheinende Protokoll weiß G. N. 129 aus —, sondern nur dagegen Stellung genommen, daß an unsrer Parteipresse die Redakteurgehälter vielfach niedriger seien als die Sogelöhne, während die Ansprüche an Arbeitszeit und Leistung wesentlich höher seien. Und das ist doch etwas wesentlich anderes. Ebenso ist der freundschaftliche Hinweis auf Chemnitz in Thatfache und Folgezeit völlig falsch. Nicht wegen Arbeitszeitverlängerung, sondern wegen Lohnreduktion entstand nicht vor fünfzehn, sondern vor siebenzehn Jahren der Konflikt. Auch bezog ich damals keine Unterstützung, fernermalen die Chemnitzer Kollegenchaft jene Maßregel nicht als Tarifbruch anjah. — Soviel zur Berichtigung. Vielleicht gestattet mir die Redaktion hierzu noch eine Bemerkung, die möglicherweise den Anlaß zur Dominik'schen „Mitteilung“ gegeben hat. Gelegentlich einer Konferenz, über deren Diskussion und Resultat völlige Diskretion verabredet war, vertrat ich gegen Herrn Dominik die Meinung, die zu verhehlen ich um so weniger Anlaß habe, als sie von sämtlichen Vorstandsmitgliedern und zweifelsohne von der großen Mehrheit meiner Parteigenossen, wenn auch vielleicht nicht aller Berufskollegen geteilt wird: nämlich daß es ein unangenehmes Verhältnis sei, von den Parteigenossen, die zu häufig zu den schlechtestbezahlten und ärgstgeschundenen Arbeiterkategorien gehören, jahraus jahrein für ein an chronischem Defizit laborierendes Parteiorgan Extrabeiträge zu fordern, während bei der technischen Herstellung dieses Blattes ein paar Arbeiter ausnahmsweise höhere Löhne und längere Arbeitszeit erhalten als sie in der betr. Stadt bei irgend einem Konturngeschäft gewährt würden. Dagegen sei es bei finanzlich rentierenden Parteiorganen selbstverständlich eine der ersten Pflichten, in der Frage der Arbeitszeit und Lohnhöhe mit dem besten Beispiele voranzugehen — ein Standpunkt, der übrigens in unsrer Partei in der Praxis von jeher betätigt worden ist. Vielleicht finden nunmehr diejenigen Kollegen, die gewohnt sind, sachlich zu urteilen, daß zu meinem Verhalten zwischen „damals“ und „heute“ keine Fragezeichen zu setzen sind. Richard Fischer.

**Insterburg.** Es sei hier, damit die Kollegen im übrigen Deutschland auch erfahren, wie es mit der Kunst in so einer Provinzialstadt des rechten Flügels vom preussischen Adler aussieht, eine kurze Skizze gegeben. Fünf Offizinen fristen in heiliger Stadt ihr mühevolleres Dasein, wovon zwei Accidenz (Czibulinski, Driesl) und drei Zeitungsdruckerien (Mahte, Wilhelm, Cistr. Tageblatt). Die Löhne variieren zwischen 26 und 16 Mark und zwar erhalten über Minimum 9, unter Minimum (20, 19, einer 16 Mark) 10 Gehilfen, von zwei Nichtmitgliedern war kein Nachweis zu erbringen. Beschäftigt sind 16 Mitglieder, 1 Nichtmitglied, 4 Hausweiber, konditionslos am Orte 5 Kollegen. Als Fabrik für Zukunftsgehilfen marschirt in erster Linie die Wilhelmische Offizin mit genau einem Duzend Lehrlingen. Der Herr hat in seiner sonst ziemlich maßvollen Arbeitsordnung den sonderbaren Passus, daß Ueberstunden gemacht werden müssen, wenn es das Interesse des Geschäfts erfordert und daß selbige mit — 30 Pfennig honoriert werden; also weniger als der Stundenverdienst am Tage beträgt. Er rednet es nicht als Beschäftigung im gesetzlichen Sinne, daß er die Lehrlinge an Sonntagen nach der Druckerei zitiert und dort austräumen läßt und sieht sich mit den Bestimmungen betreffs der jugendlichen Arbeiter vollständig im Einklange. Herr B. folgt Herr Mahte mit 9 Lehrlingen. Das Bastium für durchreisende Kollegen hat Herr M. von 50 auf 30 Pfennig reduziert, denn „Strafe muß sein“ (wegen der Bewegung) meinte er. Das beste leistet jedoch der Geschäftsführer des konservativen Tagesblattes, Herr Redept. Derselbe hat, als im vorigen Jahr alle Kollegen selbst aufhören, sich mit Lehrmädchen zu trösten gesucht und beschäftigt jetzt 3 Gehilfen, 10 Mädchen und 1 Lehrling. Da steigt er denn so herum und macht über die Tugend seiner Böglinginnen. Zwei Kollegen wurden kürzlich entlassen, weil sie sich unterfangen haben sollen, den Damen ihre Hochachtung in Gestalt eines Kupfes auszubringen — Amor im Spatienfackel! — Na, die Herren sind ja nicht besonders zu beklagen, denn hätten dieselben den Cor. gelesen, so wäre ihnen das aus Anlaß des Regensburger-Tages darin zitierte Schandabüßel: „Es ist nichts so traurig, es ist nichts so betrübt, als wenn sich ein Sogel in 'ne Soglerin verliebt“, sicher nicht entgangen und sie hätten noch heute ihre Kondition. — Bei Czibulinski, welcher sich nach seiner eignen Aussage in „seinem Geschäft aufren kann oder nicht“, ist 1 Lehrling neben 2 Nichtmitgliedern, bei Driesl 8 Lehrlinge neben 3 Gehilfen. — In gemeinschaftlicher Beziehung ist Insterburg noch drei Meilen hinter Weichnachten zurück. Außer den paar Buchdrucker gibt es keinen Arbeiter, der einer Organisation angehört, trotzdem hi mehrere Maschinenfabriken usw. mit einem ziemlich ohen Arbeitspersonale besetzen — alles Hirsch-Dunder! alles Jannung! — So, das wäre das ganze Bild; ob's erfreulich, mögen die Kollegen selbst beurteilen. Verzagen wollen wir aber noch nicht, denn

seit der ersten hiesigen Bewegung (Dezember 1884) haben sich die Verhältnisse langsam aber stetig gebessert und so wollen wir hoffen, daß, wenn die Kollegen ferner so zusammenhalten, wie sie es bis jetzt gethan haben, wir doch noch einmal stolz auf unser Städtel werden können. Zummer vorwärts, niemals stillstehen!

**-o- Rostok, Ende Dezember.** Auch hier herrschte seinerzeit, wie an so vielen Orten, eine große Begeisterung für die Verfüzung der Arbeitszeit und sämtliche 51 Mitglieder des U. R. kündigten am 24. Oktober 1891; in der Kündigungszeit zogen aber 20 ihre Kündigung heimlich zurück, wodurch der Streit hierorts verloren ging. Von den 31 in den Ausstand getretenen Kollegen wurden nach Beendigung desselben nur zwei, im Sommer ein dritter unverheirateter wieder eingestellt, die übrigen (darunter 18 verheiratete) mußten ihr Heil anderweitig beruhen. Die hiesigen Prinzipale oder ihre Geschäftsführer und Faktoren konnten es nicht über sich gewinnen, ihre früheren „Mitarbeiter“ wieder einzustellen. Jetzt haben alle Ausständigen Unterkunft gefunden. — An freiwilligen Unterstützungen gingen hier ein: Von den hiesigen Gewerkschaften 339,40 Mark, von den Mitgliedern des U. R. 260 Mark, Schwerin 60 Mark, Ludwigslust 12 Mark, Wismar 9,40 Mark, von einigen nach dem Streit hier angefangenen Kollegen 42,50 Mark. Den Gebern an dieser Stelle nochmals besten Dank. — Bei den jetzigen Zeitläuften, wo die Mitglieder des U. R. in ihren Rechten bei der Zentral-Invalidentasse „geschüht“ werden sollen, wo man ferner die Gehilfen mit neuen Kassen beglücken will, sind folgende Vorstandsliste vielleicht von Interesse: In einer hiesigen Druckerei besteht eine Geschäfts-Kranken- und Sierbetasse. Einem Mitgliede der Druckerei, welches erkrankt war, wurde von dem Geschäftsführer (Nichtbuchdrucker) die Alternative gestellt, entweder in 14 Tagen wieder gesund zu werden oder sich als gekündigt zu betrachten. Da das Gesundwerden nicht bestimmt in dieser Zeit in Aussicht gestellt werden konnte, so erfolgte die Kündigung. Bei der darauf folgenden Auszahlung des wöchentlichen Krankengeldes erklärte der Kassierer (Gehilfe) dem Kranken, daß er „Ordre“ habe, ihm mitzuteilen, daß er mit Ablauf seiner Kündigungszeit kein Krankengeld mehr bekomme. Der Kranke wandte sich daraufhin brieflich an den Prinzipal des Geschäfts, erhielt aber keine Antwort. Hierauf beantragte der Kranke schriftlich beim Kassierer auf grund des Status die Abhaltung einer Mitgliederversammlung und bat, ihn zu derselben einzuladen, damit er seine Rechte dort vertreten könne, da er nicht gewillt sei, sich ohne ~~in~~ abzugeben zu lassen. Die Versammlung wurde angesetzt, vorher aber erhielt der Kranke ein Schreiben des Kassierers, worin ihm mitgeteilt wurde, daß seine Anwesenheit in der Versammlung gegenstandslos sei, da der Inhaber des Geschäfts ihm sein Krankengeld, so lange er dazu berechtigt sei, aus seiner Privat-Schatulle zahlen wolle. Ob in der Versammlung die Mitglieder mit diesem Verfahren einverstanden gewesen oder ob sonstige Beschlüsse gefaßt worden sind, das ist uns nicht bekannt. Bemerkenswert mag noch werden, daß der Beitrag des Prinzipals zu der Kasse dessen Ermessen überlassen ist, ferner, daß zu den Beschlüssen wegen Abänderung des Status die Genehmigung des Prinzipals erforderlich ist. — In einer andern Druckerei existierte ebenfalls eine Hauskrankenasse. Bei Beginn der Reunionsbewegung stellte sich heraus, daß die ganze Kasse verschwunden war; übrig geblieben war nur das Rechnungsbuch und auch dieses war seit Jahren nicht geführt. Der langjährige Verwalter und Kassierer dieser Kasse (Faktor des Geschäfts) erklärte, das Geld sei „geholt“. — Zum Schlusse fordern wir alle Kollegen auf, treu zum Verbanne zu halten oder demselben beizutreten, denn nur da sind sie in allen Lebenslagen geschützt.

### Kundschau.

Kollege G. A. Johns sen. in Crefeld hat am 1. Januar die Kührische Buchdruckerei daselbst käuflich übernommen und firmiert G. A. Johns, Gust. Kühr's Nachfolger. Wir wünschen dem alten Kämpen viel Glück zu seinem Unternehen. — Die Unterzeichneten begrüßen daher mit Freuden die Gelegenheit, ihrem verehrten Chef öffentlich ihren Dank und ihre unwandelbare Treue in guten und bösen Tagen auszusprechen. So quittieren die Sogel und Drucker der C. Winter'schen Buchdruckerei in Darmstadt in einer Anzeige die Güte ihres Herrn und Meisters. Seitdem sind einige Monate verlossen. An der „unwandelbaren Treue“ mag dem Chef nichts gelegen haben oder sie kostete ihm zu viel, denn inzwischen ist, wie die Hoff. Volkst. mitteilt, die Wehrzahl der Unterzeichner hinausgeworfen worden. Wir sind die letzten, die darüber schmälen, viel eher freut uns die Konsequenz der Unternehmer, weil doch zu hoffen, daß durch die selbst dem verborstlichsten Gehilfen endlich ein Licht aufdämmert, daß im Geschäftsleben nicht „Liebe und Treue“, sondern „Soll und Haben“ groß geschrieben wird, woraus auch er endlich

lernen muß, statt durch Speichelleckereien durch Festhalten an seine Kollegen konsequent seine entgegengeetzten Interessen zu wahren.

Die Farbenfabrik von Ch. Vorilleuz & Co. in Paris versendet an die Kunden wieder ihren netten Abreiskalender, der diesmal durch gerichtliche Entscheidungen betreffs Handhabung des Pressegesetzes bereichert ist.

### Industrie und Gewerbe.

Die Brauereien Magdeburgs und Umgegend haben einen Verband geschlossen, um hauptsächlich gegen das System der Boykottierung Front zu machen. Nach dessen Statut darf, sofern über eine Brauerei der Boykott verhängt wird, keine andre Brauerei deren Kundenschaft übernehmen. Dem aus sechs Mitgliedern gewählten Vorstande liegt die Entscheidung ob, ob ausnahmsweise unter außergewöhnlichen Verhältnissen gestattet werden kann, daß eine Brauerei von einer boykottierten die Bierlieferung an einen Kunden derselben übernehmen darf; erteilt der Vorstand hierzu seine Genehmigung, so ist diese Brauerei verpflichtet, der boykottierten Brauerei für die ihr entgehende Bierlieferung den vollen Verdienst eines jeden Dekoliters zu ersetzen. Zur Sicherstellung der eingegangenen Verpflichtungen hat eine jede Brauerei einen Sidtwechsel in beträchtlicher Höhe hinterlegt. Ein Verband, wie ihn die Magdeburger Brauereien jetzt gegründet haben, besteht bereits in Braunschweig, Hannover, Leipzig, Hamburg, Berlin usw. Mit diesen einzelnen Städten soll ein Rückversicherungsverband geschlossen werden. — Damit geben die Brauereibesitzer den Arbeitern nur den Ansporn, auch ihrerseits sich fester zusammenzuschließen und außerdem gibt es ja gottlob im Rosfalle noch andere Getränke als Bier.

Die Maschinenfabrik von Senfkel & Sohn in Kassel entließ infolge Arbeitsmangels 300 Arbeiter. Die Fälschungsabrik der Gebrüder Grünwaldt in Neustadt a. d. H., welche zuletzt noch 160 Arbeiter beschäftigte, stellte auf unbestimmte Zeit den Betrieb ein.

Der russische Reichsrat hat eine Verordnung genehmigt, wonach in sämtlichen Grubenwerken nur solche Personen als selbständige Angestellte beschäftigt werden dürfen, welche durch ein Diplom die Absolvierung einer von den russischen technischen Lehranstalten nachweisen können. Für die Durchführung dieser Verordnung, welche augenscheinlich auf eine weitere Bejeitigung von Ausländern aus Rußland abzielt, wird eine fünfjährige Uebergangsperiode festgesetzt werden. Der Gouverneur von Petretau hat sämtliche Bezirksvorsteher dieses Amtsgebietes, ferner die Polizeimeister von Lodz und Petretau angewiesen, sich in dem Zeitraum von 13. Dezember bis 13. Januar (alten Stiles) 1893 in geeigneter Weise bezüglich durch Prüfungen davon zu überzeugen, ob sämtliche Angestellte der gewerblichen Anstalten des genannten Verwaltungsgebietes der russischen oder polnischen Sprache mächtig sind. Hiernach steht die Entferrnung jener Deutschen, welche keiner der genannten Sprachen mächtig sind, in nicht ferner Zukunft bevor.

### Berlin, Kassen usw.

Das Polizeipräsidium in Frankfurt a. M. veröffentlicht zwölf eingeschriebene Hilfskassen, welche dem neuen Gesetze zum Opfer gefallen sind, darunter die des Senefelder-Bundes und der Schriftstehler.

Der Streit der Ortstrankenkasse in Mainz mit den Ärzten (s. vor. Nummer) scheint sehr schnell beendet worden zu sein, es sind bereits 24 Ärzte seitens des Kassenvorstandes angestellt.

### Arbeiterbewegung.

Ueber die Lokallisten der Berliner Bodbrauerei wurde der Boykott verhängt, weil der Dekonom derselben darauf bestand, seine Kellner von den sog. Kommissionskassen zu entnehmen. Hierauf Verständigung.

Die Zahl der im Saargebiete streikenden Bergleute wird auf 16000 angegeben. Angebotene Verhandlungen wurden von der Verwaltung abgelehnt.

In Fiume kündigten die Niemer, Sattler, Tischner und Ladierer ihre Arbeitsverhältnisse wegen Nichtbewilligung zehnstündiger Arbeitszeit.

Die Banofabrikanten in Basel lehnten die Forderungen der Arbeiter: zehnstündige Arbeitszeit, 4,50 Fr. Minimallohn und Einführung einer Lohnkontrolle und Friedenskommission, ab.

In Brunn legten 500 Arbeiter der Maschinenfabrik Porges die Arbeit nieder.

In der Grafschaft Yorkhire sind 2000 Glasarbeiter ausgeperrt, weil sie sich einer Lohnherabsetzung nicht fügen wollten.

Zwischen Unternehmern und Arbeitern der Baumwollspinnereien in Lancashire sind Unterhandlungen im Gange, die angeblich eine baldige Beendigung der Aussperrung auf Grundlage herabgesetzter Löhne, die jedoch wieder erhöht werden sollen, sobald die geschäftliche Lage dies gestatte, in Aussicht stellen.

### Verstärkungen.

Zur Vinderung der Arbeitslosigkeit haben die städtischen Verwaltungen in Effen und Bochum die sofortige Inangriffnahme städtischer Arbeiten beschloffen. In Effen sollen Kläranlagen und Erdarbeiten ausge-

